

Schulen sollen freier entscheiden können

Eine neue Studie des Think Tanks Zukunft.li fordert weniger Abhängigkeit vom Schulamt – und plädiert letztlich für eine freie Schulwahl.

Valeska Blank

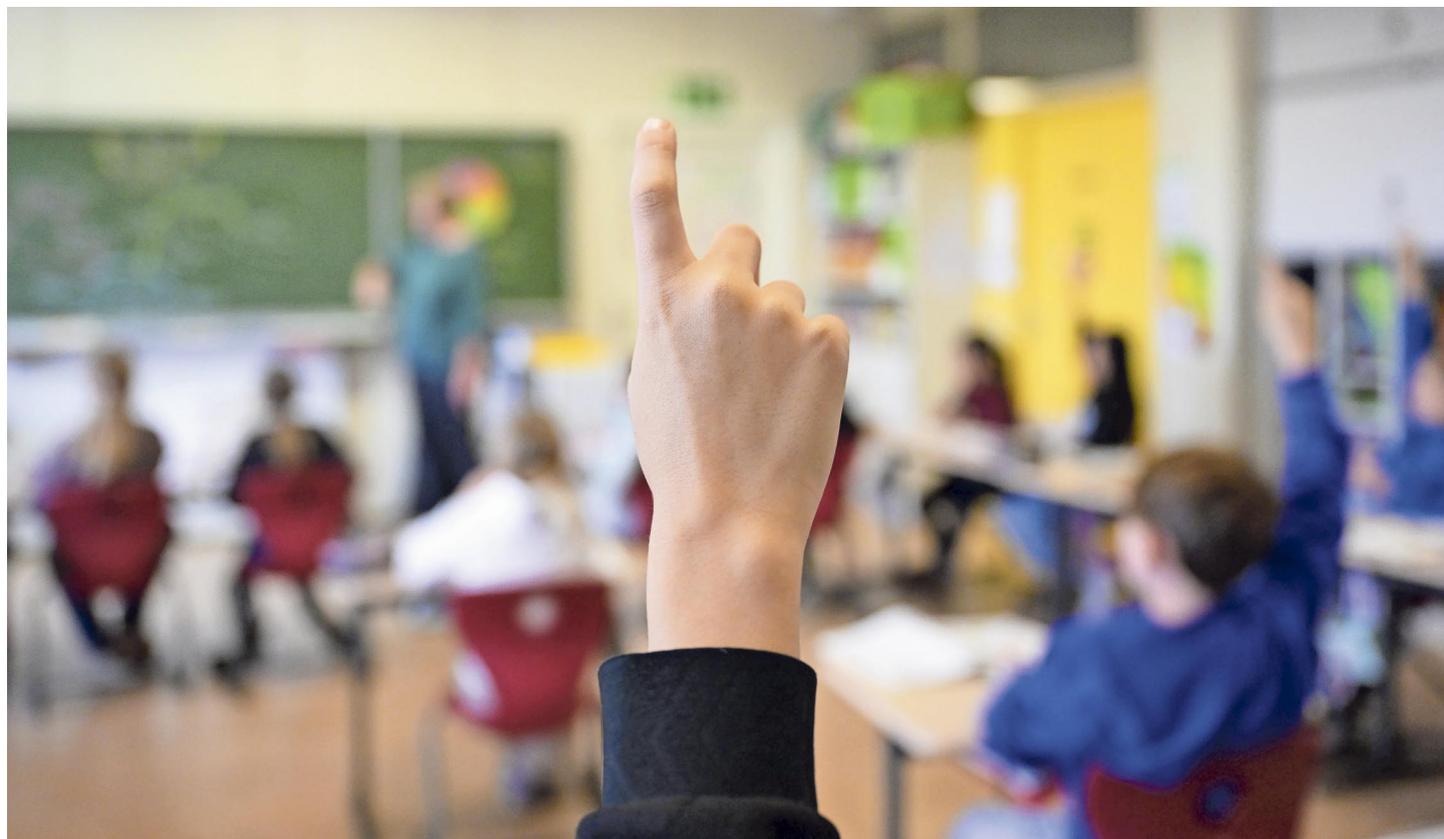
Wären die Liechtensteiner Schulen Unternehmen, würde einem rasch auffallen: Nicht der Chef oder die Chefin hat die Entscheidungshoheit, sondern eine Art Zentralgewalt. Umgemünzt auf die Realität heisst das: Nicht die Schulleitungen entscheiden über Budget, Personal, Infrastruktur oder Arbeitsteilung, sondern vielmehr das Schulamt in Vaduz.

In der Folge bleiben den einzelnen Schulen und ihren Leitungsteams «nicht mehr viele Kompetenzen», wie es Doris Quaderer gestern an einer Medienorientierung formulierte. Sie ist Projektleiterin bei Zukunft.li und präsentierte in Ruggell die neueste Studie des Think Tanks: «Innovation durch Schulautonomie und Wettbewerb».

Rolle des Schulamts wird kritisch gesehen

Wie der Titel der Publikation bereits andeutet, plädieren die Studienautoren für eine Reform des Bildungssystems im Land, denn laut dem Bericht hapert es an zahlreichen Stellen. So hätten die Liechtensteiner Schulen zu wenig Entscheidungsspielraum: Egal, ob es sich um die Einstellung von Personal, die Klassengrössen oder die Löhne der Lehrpersonen handelt – darüber entscheidet ein übergeordnetes Organ, sprich: das Schulamt.

Aus Befragungen, die im Rahmen der Studie durchgeführt wurden, ging hervor: Die Machtstellung des Schulamts stösst so manchen sauer auf. So wird das Amt von einigen Eltern, Schulleitungen und Lehrpersonen als «zentralistisch» und «hierarchisch» beschrieben – und eine Person aus der Bildungsverwaltung sprach von



Löhne, Budget, Klassengrössen: Das entscheidet in Liechtenstein nicht die einzelne Schule, sondern das Schulamt.

Bild: Keystone

«unsichtbaren Linien, die man nicht überschreiten darf».

Weniger Input vom Staat, mehr Fokus auf die Ziele

Diese «Inputsteuerung» vonseiten staatlicher Stelle, wie es im Fachjargon heisst, sollte reduziert werden, folgern die Studienautoren von Zukunft.li. Projektleiterin Quaderer nannte einige Ideen, wie dieses Vorhaben umgesetzt werden könnte: «Denkbar wäre etwa ein Globalbudget für die Schulen, um ihre Autonomie zu stärken – so könnten sie selber entscheiden, wie sie das Geld einsetzen möchten.»

Auch das Personalmanagement und die pädagogischen Konzepte wären dann bei den Schulleitungen angesiedelt – «freieres Lernen und gelegent-

liches Ausbrechen aus dem starren Stundenpläne wären dann möglich», so Quaderer.

Auf der anderen Seite fordert die Studie mehr «Outputsteuerung» – dabei handelt es sich um Zielvorgaben für die schulischen Institutionen und deren Überprüfung, etwa durch

Leistungstests. In diesem Zusammenhang ist für die Verantwortlichen bei Zukunft.li klar: Liechtensteins Schülerinnen und Schüler sollten wieder bei der Pisa-Studie mitmachen. Seit dem Jahr 2012 nimmt Liechtenstein nicht mehr an diesem Leistungstest teil; begründet

wurde das damit, dass die Schülerschaft ohnehin «regelmässig gute Leistungen» erbringe.

«Ohne Pisa-Studie können wir uns aber nicht mehr mit anderen Ländern vergleichen», bemängelte Quaderer.

Dreigliedrigkeit wird in der Studie hinterfragt

Eine weitere Empfehlung, die in der Studie beschrieben wird, kommt vergleichsweise schon radikaler daher: Das dreigliedrige System auf der Sekundarstufe – sprich die traditionelle Aufteilung in Oberschule, Realschule und Gymnasium – sollte aufgeweicht oder ganz aufgehoben werden.

Umgesetzt werden könnte das, indem die Anzahl der Schulleitungen pro Schulstandort auf lediglich eine Schullei-

tung reduziert würde. Mit diesem Ansatz könnte beispielsweise die Leitung des Vaduzer Schulzentrums Mühleholz II selbst bestimmen, ob sie wie bisher Oberschule und Realschule als eigene «Abteilungen» trennen will oder ob alle Leistungsniveaus gemeinsam unterrichtet und in Kernfächern in Leistungszüge aufgeteilt werden. «Das würde mehr Durchlässigkeit ermöglichen und die Chancengerechtigkeit erhöhen», erklärte Quaderer. Es gebe im Land viele Unsicherheiten bei dem Selektionsprozess im Zuge des Übertritts von der Primarschule in die weiterführenden Stufen. Die Projektleiterin kritisierte: «So teilt man die Schülerinnen und Schüler oft willkürlich in Ober- und Realschule beziehungsweise das Gymnasium ein, beispielsweise aufgrund ihres sozioökonomischen Hintergrunds.»

Veränderungen im System sind «politisch heikel»

Im Rahmen einer zweiten Reformstufe macht Zukunft.li einen Vorschlag, der wohl die tiefgreifendsten Konsequenzen mit sich ziehen würde: die freie Schulwahl mit dem Ziel eines vielfältigeren Bildungssystems.

«Mit freier Schulwahl und mehr Wettbewerb ist der Anreiz für die Schulen stärker, ihr Angebot ständig zu verbessern und auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler und ihres Umfelds abzustimmen», heisst es in der Studie.

Dass diese grundlegende Veränderung der Liechtensteiner Bildungslandschaft «politisch heikel» ist, ist den Autoren bewusst. «Bildungssysteme sind starr, Veränderungen schwierig durchzubringen», sagte Stiftungsratspräsident Peter Eisenhut. Den Status quo gebe man nicht gerne auf.



Projektleiterin Doris Quaderer.

Bild: Nils Vollmar